

14.12.2020

Entschließungsantrag

der Fraktion der SPD

Einen Haushalt für die Vielen statt die Wenigen

zu dem „**Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2021 (Haushaltsgesetz 2021)**“

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksachen 17/11100, 17/11800 und 17/11850

I. Ausgangslage

Nordrhein-Westfalen befindet sich in einer der größten Wirtschaftskrisen seiner Geschichte. Darauf muss die Haushalts- und Finanzpolitik des Landes entschlossen und nachhaltig reagieren. Genau dies tut der Haushaltsentwurf der Landesregierung nicht. Die Landesregierung tut so, als würde es die Coronakrise nicht geben, statt mit dem Haushalt Wege aus der Krise aufzuzeigen. Sie legt ihre Priorität darauf, mit Mittelverschiebungen aus dem Rettungsschirm einen schuldenfreien Haushalt vorzutäuschen.

II. Der Landtag stellt fest:

Um die soziale, klimagerechte und wirtschaftliche Entwicklung des Landes zu sichern, muss der Haushalt in wesentlichen Punkten verändert werden. Denn ein zukunftsfähiger Landeshaushalt muss sich an folgenden Eckpunkten orientieren:

In die Zukunft investieren

Das Land braucht ein Zukunftsinvestitionsprogramm im Umfang von 5 Milliarden Euro für die Sanierung von Schulen, für die Förderung der Wasserstoffwirtschaft, für Maßnahmen zum Klimaschutz, für die Umsetzung der Verkehrswende und die Sicherung der Verkehrsinfrastruktur.

Städte und Gemeinden nicht im Stich lassen

Die Städte und Gemeinden dürfen nicht im Stich gelassen werden. Sie brauchen die Erstattung der coronabedingten Einnahmeausfälle auch in den Jahren 2021 und 2022. Außerdem müssen die Mittel aus dem Gemeindefinanzierungsgesetz in geplanter Höhe fließen – und zwar als Zuschuss und nicht als Kredit. Sonst drohen ein Abbau kommunaler Leistungen, die Streichung von Investitionen sowie Steuererhöhungen. Unabdingbar ist auch die Umsetzung einer Altschuldenlösung für die Kommunen.

Datum des Originals: 14.12.2020/Ausgegeben: 15.12.2020

Mehr Chancengleichheit durch beste Bildung

Damit aus der Coronakrise keine Bildungskrise wird, die zulasten gerechter Chancen geht, muss massiv in Schulen und Kindertageseinrichtungen investiert werden. Notwendig ist die Bereitstellung zusätzlicher Mittel für die Steigerung der Qualität in den Kitas und die verstärkte Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern. An den Schulen muss ein bedarfsdeckendes Angebot an Ganztagsplätzen geschaffen und ein kostenloses Mittagessen für alle angeboten werden. Zudem muss es eine gerechte Besoldung aller Lehrkräfte geben, auch als Beitrag gegen den massiven Unterrichtsausfall an Grundschulen.

Für mehr sozialen Zusammenhalt

Es müssen Maßnahmen gegen die wachsende soziale Spaltung im Land ergriffen werden. Dazu gehört der Ausbau der sozialen Beratungsstruktur, insbesondere die Verhinderung von Schließung der Arbeitslosenzentren, und eine stärkere Förderung der Wohlfahrtsverbände. Durch den Ausbau des Arbeitsschutzes muss effektiv gegen Ausbeutung und Verstöße gegen die Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, insbesondere in der Fleischindustrie, vorgegangen werden. Dringend geboten ist die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum. Damit das Land hier handlungsfähig ist, muss eine landeseigene Wohnungsbaugesellschaft gegründet und mit investiven Mitteln ausgestattet werden.

Menschen in NRW entlasten

Um die Menschen, insbesondere Familien, zu entlasten, müssen die Gebühren für die Kita komplett abgeschafft und die Straßenausbaugeschulden vollständig gestrichen werden. Dies wäre eine wirkliche Entlastung der Betroffenen.

Programm sozialer und wirtschaftlicher Neustart für NRW

Es gibt einen riesigen Bedarf für eine bessere Unterstützung der Menschen in der Coronakrise. Geringfügig Beschäftigte und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit niedrigem Einkommen leiden ganz besonders unter der Krise. Geschlossene Branchen, u.a. Gastronomie, Schausteller, Reisebüros, Kulturschaffende und Veranstalter, brauchen mehr Unterstützung. Die Innenstädte drohen zu sterben und den Kommunen droht die Handlungsunfähigkeit. Diesen Entwicklungen muss durch ein Programm zum Neustart in NRW entgegen gewirkt werden. Damit dafür ausreichend Mittel im NRW-Rettungsschirm zur Verfügung stehen, darf die Landesregierung die Gelder nicht verausgaben, um einen schuldenfreien Haushalt vorzutäuschen.

III. Der Landtag beschließt:

Nordrhein-Westfalen braucht eine nachhaltige Finanzpolitik, die zur Bewältigung der Coronakrise beiträgt, den sozialen Zusammenhalt fördert, Bildungschancen verbessert, wirtschaftliche Entwicklung des Landes vorantreibt und massiv in die Zukunft investiert. Der Haushalt der Regierung Laschet für 2021 wird diesen Anforderungen nicht gerecht.

Thomas Kutschaty
Sarah Philipp
Michael R. Hübner
Stefan Zimkeit

und Fraktion